



## TV-Tipp: “Sarrazins Deutschland“ WDR 22 Uhr



Der WDR sendet heute Abend um 22 Uhr [eine 45-minütige Dokumentation](#) mit dem Titel “Sarrazins Deutschland“, zu der auch ausführlich bei PI in Köln und München gedreht wurde. **JETZT mit Video!**

Auszug aus dem WDR-Ankündigungstext:

*Mit Deutschland schafft sich ab schrieb Thilo Sarrazin das erfolgreichste Sachbuch seit Jahrzehnten. Rund 1,5 Millionen verkaufte Exemplare sorgen dafür, dass allerorten über verfehlte Einwanderungspolitik gesprochen und noch häufiger gestritten wird. Doch hat Thilo Sarrazin die Debatte mit seinen markanten Thesen voran gebracht – oder wurde sie vielmehr durch einen großen Spalter um Jahre zurückgeworfen? Gehört Sarrazin ungewollt zu den “geistigen Brandstiftern“*

*einer europaweit vernetzten islamkritischen und politisch betont inkorrekten Bewegung, die in Internetblogs wie „PI“ immer mehr Besucher registrieren?*

Eine Sendungsanalyse unseres Lesers Theodor Körner:

*Strategie des Filmes:*

*Erst mal krasse Metal-Musik: Jetzt kommt ein echter Assi*

1. Guter Buschkowsky – böser Sarrazin
2. Auch Rechtsextreme sind Sarrazin-Fans (vgl.: auch Linksextremisten und Massenmörder-Verehrer sind Multikulti-Fans)
3. Vererbung ist unanständig
4. In Neukölln gibt es zwar Probleme, aber vor allem Klischees
5. In sächsischen Kleinstädten gibt es noch wenig Ausländer, also was wollen denn die Leute?
6. Libanesishe Großfamilien “leiden” unter Kriminalität (die Armen, sollen sich ihre Opfer mal zusammenreißen)
7. “Angeblich islamfreundliche Medien” (...)
8. “Sarrazinanhänger erschweren die Diskussion” (Nur durch Sarrazin gibt es überhaupt eine Diskussion)
9. Perspektivlose fremde Jugendliche müssen in Deutschland eine Perspektive bekommen (warum eigentlich bei uns?)
10. Unser Rechtsstaat ist schuld daran, dass die Türken/Libanesen unter den falschen Angaben leiden, die ihre Eltern bei der Einreise gemacht haben.
11. Bildungsbenachteiligung ist schuld an der mangelnden Bildung und Straffälligkeit (zufällig wurden absichtlich Unterschichten importiert)

12. "Integration kaum möglich, wegen völkischen Maßstäben der Staatsbürgerschaft" (oh Gott, "völkisch", NAZI-Alarm, da will jemand das deutsche Volk erhalten!!!)

13. Erfolgsgeschichte Ausländer: alles so schön bunt hier

14. Erfolgsgeschichte Ossi-Nazi-Lehrerin: Ist eigentlich doch nicht so schlimm mit den vielen Immigranten

Grundeinstellung der Reporter: Ausländer sind gut, automatisch. Deutsche sind verdächtig. Sie sind ja Deutsche.

[Das WDR-Gästebuch](#) hat auch viele PI-reife Kommentare, beispielsweise:

*10.01.2012 14:08 Uhr schrieb Frustrierter\_Demokrat 50 J  
Hallo zusammen, wenn ich bedenke, das fuer solche Beitraege meine Zwangsgebuehren verwendet werden, koennte ich kotzen. DDR Staatsfunk 2.0 in Reinkultur. Koennt ihr Medienschaffenden eigentlich ohne vorherigen Alkoholgenuss noch in den Spiegel schauen ? Ihr koennt senden was Ihr wollt, jeder weiss bereits bescheid, das war in der DDR nicht anders. Damals gab es allerdings kein blue-wonder.org, sondern Westfernsehen.*

*10.01.2012 13:30 Uhr schrieb Michael Lehmann 45 J  
Ich habe den Beitrag angeschaut. So müssen sich die Menschen in der ehemaligen DDR gefühlt haben, wenn sie sich über das DDR-Fernsehen informierten wollten. Absolut einseitig und durch raffinierte Schntttechnik entstellt. Sarrazin hat Recht: Deutschland schafft sich ab. Das schönste Beispiel war bei der Einbürgerungsfeier die vielen moslemischen Frauen mit Kopftuch, die beim Singen der deutschen Nationalhymne provokativ nicht mitgesungen haben. Spätestens jetzt müsste jedem klar geworden sein, dass wir nicht nur von unserem Fernsehen hinters Licht geführt werden.*

*10.01.2012 16:39 Uhr schrieb Anonym  
Typischer Versuch der Medien, die Leute zu manipulieren. Es wird aber immer offensichtlicher und peinlicher. Sarazzin hat*

Recht!

10.01.2012 15:23 Uhr schrieb Richard Schulze 32 J

Beruhigend, wie die Mehrheit der Zuschauer auf diesen Beitrag reagiert. Diese Art der Berichterstattung hat zu Zeiten funktioniert, in denen keine anderen Informationsquellen vorhanden waren. Einer radikalen faschistischen Ideologie, wie sie der Islam nun mal ist, muss mit allen erdenklichen rechtsstaatlichen Mitteln entgegnet werden.

10.01.2012 15:03 Uhr schrieb Martina 43 J

Mit solchen Reportagen wird einer Radikalisierung Vorschub geleistet. Die Integrationsprobleme werden verharmlost und damit die Wut der Bürger verstärkt. (..) Islamisten predigen in den Moscheen, Islamkritiker werden an den Pranger gestellt – lächerlich und billig!

10.01.2012 11:09 Uhr schrieb Cyrus 50 J

Ihr Beitrag war einfach nur schlimm. Mit objektiven Journalismus hatte das nichts zu tun. Da wird ,typisch für Sendungen dieser Art, wieder mal eine Top Integrierte Türkin gezeigt die natürlich akzentfrei deutsch spricht, einen sehr guten Job hat und die auch noch arrogant über Deutsche herzieht. In einem Ihrer Tagesspiegel-Artikel bezeichnete sie Deutsche als Promenadenmischungen.

10.01.2012 09:41 Uhr schrieb egon sunsamu 57 J

Ein fast ausgewogener Bericht. Aber: warum wird immer nur das Auftreten von Islamkritiker betrachtet und kritisiert? Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Islam ist dringend nötig. Im Koran wimmelt es von rassistischen und gewaltverherrlichenden Aufrufen gegen Nichtmuslime. Traut Euch doch mal daran, welche Inhalte in den Moscheen unter das Volk gebracht werden. Oft von importierten Imamen, die kaum oder garnicht Deutsch sprechen. Bin selbst „Migrant“ und lebe hier seit über 30 Jahren. Ich habe vom Staat noch keinen Cent beansprucht. Stellt doch mal klar, warum fast ausschliesslich Muslime grösste Probleme haben und machen! Stichwort

„Islamkonferenz“...keine Christen-, Buddhisten-, Atheisten- oder Hindukonferenz nötig. Warum wohl????

10.01.2012 09:19 Uhr schrieb Peter N.

Fand den Beitrag sehr einseitig und sogar manipulativ. Beispiel: Es wurde die Einbürgerung von Ausländern gezeigt. Herausgeschnitten wurden die Szenen, als anschließend die Eingebürgerten sagten: Mich interessiert Deutschland nicht, ich will nur die Papiere! Aha, nur Hartz4 ist wichtig.. Außerdem wurden manipulativ die kriminellen türkisch-libanesischen Großfamilien gezeigt und als Opfer dargestellt. Das ist eine Verhöhnung der Opfer. ich schäme mich wirklich für so eine gefakte Sendung. Aber danke, dass Sie mich auf die gute Seite Pi-News aufmerksam gemacht haben.

Zu dieser Dokumentation hat ein Kamerateam unter anderem am 29. September in München bei der Kundgebung „Islam ist Monokulti“ gefilmt. Einige Fotos dieser Dreharbeiten:







Hier das Video der Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz, die eine Gegenveranstaltung zu dem Vortrag von Prof. Klaus Bade im Rathaus mit OB Ude war:

Einer der drei Redakteure der WDR Sarrazin-Sendung war immerhin auch an der ARD-Dokumentation "Der Fall Sürücü" beteiligt, bei der u.a. dargestellt wurde, dass ein Berliner Imam grünes Licht für den "Ehrenmord" an der bedauernswerten Hatun Sürücü gab. Die Berliner Polizei hat übrigens hierzu bisher noch keine Ermittlungen gegen den Imam eingeleitet. Zumindest hat die Pressestelle der Berliner Staatsanwaltschaft auf mehrere Anfragen seit einem Vierteljahr noch keine Informationen gegeben.

*(Fotos: Roland Heinrich; Videobearbeitung: theAnti2007; Video München: Manfred Schwaller)*

---

# Westerwelle: Islamparteien sind wie CDU/CSU

✘ Außenminister Westerwelle hat bei einem Abstecher nach Tunesien islamische Parteien als genau so demokratiegeeignet wie christdemokratischen Parteien bezeichnet. Die Gleichung, dass der Islam unvereinbar sei mit Demokratie, sei falsch.

Amtskollege Rafik Abdessalem schien sich angesichts von insgesamt 92 Millionen Euro deutschen Steuermitteln, die dem nordafrikanischen Land zu Gute kommen sollen, nicht weiter an der Homosexualität seines Gesprächspartners zu stören. Er gehört zur „islamisch-konservativen Ennahda“, die von den Medien vor der Wahl als „islamistisch“ bezeichnet wurde.

Nachrichten.at [berichtet](#):

*„Die islamische Ausrichtung von politischen Ansichten ist ebenso wenig ein Problem wie eine christliche Ausrichtung von politischen Ansichten. Entscheidend ist der demokratische Geist“, sagte der FDP-Politiker am Montag bei seinem Besuch in Tunesien. Dort hatte bei der Parlamentswahl im Oktober die islamisch-konservative Partei Ennahda mit 41 Prozent die meisten Stimmen erhalten und führt die derzeitige Koalitionsregierung an.*

## **Demokratie und Islam vereinbar**

*Westerwelle sprach sich dafür aus, solchen politischen Kräften offen gegenüberzutreten. Sie hätten das Recht, „als respektierte Gesprächspartner angenommen zu werden“, sagte er nach einem Gespräch mit seinem Amtskollegen Rafik Ben Abdessalem, der der Ennahda angehört. „Islamisch-demokratische Parteien werden hier so selbstverständlich sein, wie es christdemokratische Parteien in Europa sind“, sagte er. Die einfache Gleichung, dass islamische Ausrichtung*



*unvereinbar mit Demokratie sei, sei falsch. (...)*

*Westerwelle und Abdessalem unterzeichneten eine Vereinbarung, die 32 Millionen Euro aus deutschen Steuergeldern für den Demokratisierungsprozess vorsieht und eine Umschuldung von 60 Millionen Euro. Mit dem Geld sollen Projekte in den Bereichen Beschäftigung, Regierungsführung, Justiz, Medien und Menschenrechte gefördert werden.*

- » WELT: [Westerwelle vergleicht Regierung in Tunis mit CSU](#)
- » Focus: [Westerwelle vergleicht islamische Parteien mit CDU](#)
- » Deutsche Welle: [Westerwelle würdigt islamische Parteien](#)

*(Foto oben: Tunesiens Präsident Marzouki empfängt Außenminister Westerwelle ohne Schlips)*

---

## Henryk M. Broder interviewt Thilo Sarrazin

✘ Thilo Sarrazin läßt wieder von sich hören. Sein Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ ist jetzt als Taschenbuch erschienen. Das neue Vorwort faßt anscheinend die bisherigen Ereignisse [zusammen, wie dieses Blog](#) berichtet. Nun hat auch [Broder in der Welt ein lesenswertes Interview](#) geführt. Darin erscheint z.B. der SPD-Boß Gabriel als ziemlicher Charakterlump, um einen Punkt herauszugreifen. Man kann es nicht anders sagen.

Auf die Frage der Welt, ob er noch irgendein Verhältnis zu Sigmar Gabriel habe, das:

*Nein. Gar nichts. Null. Wissen Sie, wenn man mal mit einem Menschen durch ist... Erst hat er mir gegenüber den Eindruck*

*erweckt, als stünde er auf meiner Seite. Und anderthalb Stunden später will er mich aus der Partei rausschmeißen.*


*Dann der Versuch, mit Hilfe von Gerhard Schröder zu einem Kompromiss mit mir zu kommen. Nach dem gescheiterten Parteiausschlussverfahren die mir übermittelte Bitte, ich möchte das nicht weiter kommentieren, dann wird er in einem Interview gefragt, was er am meisten bedauert, und er sagt: „Dass ich es nicht geschafft habe, Thilo Sarrazin aus der Partei zu werfen.“ Damit ist für mich der Stecker gezogen. Und wo der Stecker gezogen ist, da fließt weder positive noch negative Energie.*

Sarrazins Einschätzung trifft auf diesen Herrn haarscharf zu. Freuen Sie sich übrigens, Sarrazin [hat ein neues Buch in Arbeit](#) für Mitte des Jahres!

---



## **Uganda: Moslems verätzen konvertierten Pastor**

 Ein 38-jähriger Pastor, der von der „Religion des Friedens“ zum Christentum konvertierte, wurde in Uganda von Moslems mit flüssiger Säure überschüttet und angezündet. Der bekennende Israelfreund Umar Mulinde (Foto) wurde durch die Gewalttat, bei denen die Moslems laut „Allahu Akbar“ riefen, mit schweren Verbrennungen verletzt und wird derzeit in einer Spezialklinik in Tel Aviv behandelt.

[Israelheute](#) berichtet:

*Der vom Islam zum Christentum konvertierte 38-jährige*

evangelikale Pastor Umar Mulinde aus Uganda ist ein erklärter Israelfreund und trat in seiner Heimat in einem Stadion vor 5000 Menschen auf, um über die heilsgeschichtliche Rolle Israels zu sprechen. Er wurde am 24. Dezember, am Heiligabend, in Kampala von fanatischen Moslems mit dem Ruf „Allah hu-Akbar“ angegriffen und schwer verletzt. Der Körper und das Gesicht des Gemeindeleiters der Gospel Life Church in Namasuba mit flüssiger Säure überschüttet und angezündet. Die Hälfte seines Gesichtes ist verätzt und verbrannt, wobei das rechte Auge den größten Schaden davontrug. Israel holte ihn, auf seine Bitte hin, in die Tel HaShomer Sheba Klinik bei Tel Aviv, wo er derzeit behandelt wird. Prof. Seev Rubinstein, Direktor des medizinischen Zentrum Sheba befürwortete es sofort und wird für eine kostenlose Rehabilitationstherapie sorgen. „Der Pastor muss noch einige Operationen über sich ergehen lassen“ so der Chirurg Yossi Haik. Die Gefahr, dass er auf einem Auge erblindet besteht noch immer und die Ärzte versuchen alles, um sein Augenlicht zu retten.

Während wir täglich über solche scheußlichen Verbrechen berichten müssen, verkauft die deutsche Kirche ihre Seele. Wir [berichteten](#) vor wenigen Tagen darüber.

---

## cht auf Volksverhet

rmittelt gegen den ehemaligen CSU-Sprec

Mün- schen Landesverband der schweife  
1 zhe- „Freiheit“. Für diesen war er soßen.  
Üneh- zeitweise auch als Prozesspro- 2011 hat  
trzen- cher tätig. Unsere  
lachs Die Anzeige geht wünsch- Verfassu  
Der lich auf ein „Thesenpapier ge- in Bund  
e-Mä- gen die Islamisierung“ zu- Verfassu  
„Die rück, das Stützenberger am in Bund  
wrich- 19. Oktober 2011 auf der Pi- lter übe  
Seite veröffentlichte. Darin cheria t  
Politi- nennt er den Islam eine „li- Verfassu  
cünd- ckende Zeitbombe“. „Wer an- ten wie  
ünch- gesisches dieser islamischen Be- mau ara

# Münchner Merkur zur Thesenpapier-Debatte

## Verdacht auf Volksverhetzung

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den ehemaligen CSU-Sprecher Stürzenberger

Die Staatsanwaltschaft München ermittelt gegen den ehemaligen Sprecher der Münchner CSU, Michael Stürzenberger, wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Der Journalist ist mittlerweile Mitglied der Rechtspartei „Die Freiheit“ und einer der wichtigsten Autoren der islamkritischen Internetseite „Politically Incorrect“ (PI). Ein Sprecher der Münch-

schen Landesverband der „Freiheit“. Für diesen war er zeitweise auch als Pressesprecher tätig.

Die Anzeige geht womöglich auf ein „Thesenpapier gegen die Islamisierung“ zurück, das Stürzenberger am 19. Oktober 2011 auf der PI-Seite veröffentlichte. Darin nennt er den Islam eine „tickende Zeitbombe“: „Wer angesichts dieser immensen Be-

schwören oder abreißen“ zu stellen. Am 19. November 2011 hat Stürzenberger diese Passagen offenbar gelöscht.

Unterdessen wollen die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern islamkritische Internet-Seiten stärker überwachen. Eine Sprecherin des Bundesamtes für Verfassungsschutz sagte, Seiten wie PI würden derzeit genau analysiert. Der Fall de-

Der Münchner Merkur

hat am vergangenen Donnerstag [einen Artikel veröffentlicht](#), in dem Autor Thierry Backes versucht, den Hintergrund der Anzeige des extremen Linken Dietmar N. gegen Michael Stürzenberger „näher“ zu beleuchten. Leider war in dem Dreispalter anscheinend nicht genug Platz, um sich mit dem „[Thesenpapier gegen die Islamisierung](#)“ inhaltlich auseinanderzusetzen. Dies ist aber dringend notwendig, um die Abfolge der in dem Thesenpapier dargestellten denkbaren Schritte nachvollziehen zu können. Aus diesem Grund wurde eine weitere Pressemitteilung verschickt, um die emotionale Debatte auf die Inhaltsebene zurückzuführen.

Sehr geehrte Medienvertreter,

in der vergangenen Woche wurde mehrfach berichtet, dass die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I. aufgrund einer Anzeige, die der Politblogger Dietmar Näher gegen den Journalisten Michael Stürzenberger erstattet hatte, Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung aufgenommen haben sollte. Akteneinsicht wurde Stürzenbergers Rechtsanwalt hierzu noch nicht gewährt, so dass noch nicht verifiziert werden konnte, was an der Behauptung daran ist.

Anlass für die Strafanzeige Nähers war die Veröffentlichung

des „Thesenpapiers gegen die Islamisierung“ von Stürzenberger, in dem er versucht hat, einen denkbaren Weg aufzuzeigen, wie der Islam modernisiert und damit gleichzeitig entschärft werden könnte. Außerdem wurden vorstellbare politische und soziale Entwicklungen geschildert für den Fall, dass eine solche Modernisierung und Entschärfung nicht gelingen sollte.

Die Vorstellung eines sogenannten „moderaten Euro-Islam“ (der ja begrüßenswert wäre) bleibt solange reines Wunschdenken, bis die islamischen Verbände und Organisationen sich nicht ausdrücklich, endgültig und bindend von den gewaltverherrlichenden, tötungslegitimierenden, frauenverachtenden, intoleranten und totalitären Aspekten ihrer Religion, wie sie im Koran festgeschrieben sind, distanziert haben.

Die faktisch zu beobachtenden Islamisierungserscheinungen in Deutschland und Europa wie Ehrenmorde, Zwangsverheiratungen, Bildung von Parallelgesellschaften und Gewaltausübung gegen „Ungläubige“ sind direkt auf die zeitlos gültigen Befehle zurückzuführen, die im Koran und in der Sunna, der Lebensgeschichte des Propheten Mohammed, enthalten sind. Wir als europäische Gesellschaften müssen endlich an diese Wurzel der Probleme herangehen, um eine Verschlimmerung der Zustände in Deutschland zu verhindern.

Daher hat der hierfür nun in der Öffentlichkeit heftig angegriffene Journalist Michael Stürzenberger im Oktober des vergangenen Jahres ein Thesenpapier veröffentlicht, das in seiner ursprünglichen Fassung zwei Bestandteile enthielt: Zum einen Überlegungen, wie islamische Verbände zu einem verbindlichen Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten gedrängt werden könnten, da sie bisher zu undemokratischem und menschenrechtsverletzendem Verhalten ihrer eigenen Leute praktisch immer schweigen.

Zum anderen Prognosen über denkbare künftige Entwicklungen, die nicht wünschenswert sind und auch von Stürzenberger weder

gewünscht werden, noch als wünschenswert dargestellt wurden. Um die in Europa lebenden Muslime von den Fesseln einer Ideologie zu befreien, deren erstes Opfer sie selbst und daran anknüpfend alle „Ungläubigen“ sind, die im Islam keine Toleranz zu erwarten haben, sobald sich der Islam in Mehrheits- und Machtpositionen befindet, sollte eine Diskussion über die Aufklärung und Humanisierung des Islam angestoßen werden. So, wie sie eine andere ursprünglich orientalische Bewegung, das Christentum, seit dem Humanismus in den letzten 500 Jahren durchlaufen hat, wie sie aber im Islam immer noch aussteht.

Die Menschenrechtsorganisation Open Doors hat kürzlich veröffentlicht, dass weltweit über [100 Millionen Christen](#) wegen ihres Glaubens verfolgt, unterdrückt und diskriminiert werden. Dies geht bis hin zu gezielten Mordkampagnen, wie sie etwa in Teilen des Sudan und Nigerias an der Tagesordnung sind. Von den zehn Ländern, in denen die Christenverfolgung am intensivsten betrieben wird, [sind neun islamisch](#). Wir als aufgeklärte Europäer dürfen unsere Augen nicht mehr vor den Tatsachen verschließen, sondern müssen jetzt handeln: Das Erbe der Aufklärung ist in Gefahr und es droht ein zweites Mittelalter.

Der erste Themenkreis des Thesenpapiers befasst sich mit der Forderung nach einer längst überfälligen, tabulosen und geistig offenen öffentlichen Auseinandersetzung über den Islam. Es kann nicht sein, dass nur die positiven Aspekte einer Bewegung thematisiert werden dürfen, während die von ihr ausgehenden Gefahren und Bedrohungen bei Androhung gesellschaftlicher Ächtung oder staatlicher Strafe systematisch verschwiegen werden. Hier sind alle Medienvertreter, aber auch politische und kirchliche Organisationen sowie Menschenrechtsverbände gefragt.

Eine solche öffentliche Auseinandersetzung darf nicht die Stigmatisierung oder Ausgrenzung der Muslime zur Folge haben (die auch von Michael Stürzenberger und der Internet-Seite

Politically Incorrect nie beabsichtigt war und nicht vertreten wird), denn schließlich können diese Menschen nichts dafür, in welche Religion sie hineingeboren und in welchen politischen und sozialen Auffassungen sie erzogen wurden.

Andererseits sollten Deutschland und Europa endlich zur Kenntnis nehmen, dass diese politischen und sozialen Auffassungen mit den unseren nicht vereinbar sind. Das Ziel der Aufklärung muss zunächst die Schaffung eines gemeinsamen Wissensstandes über den Islam sein, wobei Religion, Politik und Sittengesetz vom Islam nicht getrennt werden und deshalb auch zusammen untersucht werden müssen. Dies ist eine zwingende Voraussetzung, um den Islam nach 1400 Jahren endlich modernisieren und entschärfen zu können sowie europa- und deutschlandverträglich zu machen.

Nach einer Faktenanalyse durch Experten, wie sie beispielsweise bei dem Staatsrechtler Prof. Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider bereits stattgefunden hat, der den Islam als in weiten Teilen verfassungsfeindlich bezeichnet und nicht als Religion, sondern als politische und soziale kämpferische Bewegung einordnet, sowie von Islamwissenschaftlern und theologisch geschulten Ex-Muslimen, ist es nach dem Gedankengang des Thesenpapiers nur folgerichtig, von allen in Deutschland und Europa vertretenen islamischen Verbänden ein klares und unmißverständliches Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten zu fordern: Alle Moscheegemeinden, Koranschulen, islamischen Verbände und islamischen Dachorganisationen sollten sich schriftlich, verbindlich und endgültig von allen verfassungsfeindlichen, undemokratischen, menschenrechtswidrigen, gewalttätigen, tötungsbereiten, intoleranten, totalitären, frauenverachtenden und daher mit unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbaren Aspekten ihrer 1400 Jahre alten Bewegung distanzieren.

Das stellt nicht die Aufgabe einer Religion dar, sondern die Aufgabe eines politischen und sozialen Machtanspruchs, der in

einer pluralistischen Gesellschaft auf keinen Fall geduldet werden kann. Auch die Scharia, das islamische Recht, das mit unserem Grundgesetz und den universalen Menschenrechten in weiten Teilen unvereinbar ist, muss dabei unbedingt auf den Prüfstand, und muss von den in Deutschland und Europa lebenden Muslimen insoweit aufgegeben werden, als es Demokratie und Menschenrechten widerspricht.

Diese Forderung hat auch der türkischstämmige Alevit Dr. Aydin Findikci schon seit Jahren immer wieder innerhalb der Münchner CSU erhoben, findet dort aber kein Gehör, da man es sich nicht mit den potentiellen muslimischen Wählern verscherzen möchte, ohne die auch nach Meinung der CSU in Zukunft keine Wahlen mehr gewonnen werden können.

Wenn es die vielen friedlich eingestellten Muslime in Deutschland wirklich ernst meinen mit ihrem Bekenntnis zum Grundgesetz, zum freien, demokratischen Rechtsstaat und zu Toleranz und Gleichberechtigung der Religionen, der politischen Auffassungen und der Geschlechter, dann werden sie eine solche Verzichtserklärung bezüglich des totalitären Erbes des Islam bereitwillig unterschreiben.

Damit wären dann auch die Voraussetzungen für den moderaten Euro-Islam geschaffen. Die Parallelgesellschaften würden sich auflösen und es würde endlich eine Vermischung zwischen Muslimen und Andersgläubigen geben: Integration, bislang durch Extremismus und Scharia verhindert, würde wirklich stattfinden können. Die religiöse Legitimation für Ehrenmorde, Zwangsheiraten, Gewalt, Mord und Terror wäre nicht mehr vorhanden.

Falls eine solche Verzichtserklärung – die zu entwerfen etwa Aufgabe des Bundesinnenministeriums sein könnte, als Grundlage für die Prüfung etwa erforderlich werdender Verbote extremistischer Vereinigungen – aber nicht unterschrieben werden würde, offenbarte sich damit, dass man in den entsprechenden islamischen Gruppen auf die Islamisierung



Deutschlands und den alleinigen totalitären Machtanspruch gerade nicht verzichten will. Und dass man dabei im Konfliktfall offensichtlich auch bereit ist, alle die vom Islam legitimierten Gewaltmittel einzusetzen. Dafür spricht, dass sich die großen islamischen Verbände bisher von entsprechenden Aussagen des Koran und der Hadithen nie distanziert haben, wenn es irgendwo auf der Welt zu islamisch motivierter Gewalt gegen Christen, Juden, Hindus, Frauen etc. gekommen ist.

In diesem Fall würde die Verfassungsfeindlichkeit nicht nur einzelner islamistischer Organisationen, sondern des Islam als Bewegung mit politischem und sozialem Alleingeltungsanspruch greifbar, und damit wäre die erste Voraussetzung zu einem Verbot all jener Moscheegemeinden, Koranschulen, islamischen Verbände und Dachorganisationen, die sich nicht in die freiheitlich-demokratische Grundordnung friedlich einfügen wollen, gegeben.

Nachdem die christlichen Kirchen in den existierenden Konkordaten mit dem Staat ihren weltlichen Machtanspruch schon lange aufgegeben haben, sollte entsprechendes auch von den Moscheegemeinden gefordert werden, da ihre Haltung gegenüber dem Staat sonst bestenfalls unklar bleibt.

An dieser Stelle endet die aktuelle Fassung des Thesenpapiers des Journalisten Stürzenberger. In einer ersten Fassung, die seit dem 19. November 2011 nicht mehr online ist, hatte er seine Überlegungen an diesem Punkt noch weiter fortgeführt und um prognostische Überlegungen ergänzt. Es entstanden aber durch verzerrte und entstellende Wiedergabe des Thesenpapiers, verkürzte Darstellung seiner Inhalte und Fehlinterpretationen der politologischen Prognosen als politische Forderungen so viele schmerzliche Missverständnisse, dass Stürzenberger die letzten Punkte seines Thesenpapiers gestrichen hat.

Nicht, weil sie als politologische Prognosen falsch gewesen wären, sondern weil ihr (böswilliges) Mißverstehen als

politische Forderungen verheerend war. „Abschwören oder Abreisen“ ist kein politisches Programm, sondern die auch unter Zugrundelegung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse wahrscheinlichste Alternative für die Entwicklung Deutschlands und Europas in Beziehung auf den Islam im kommenden Jahrzehnt. Es ging Stürzenberger nicht darum, eine bevorstehende Entwicklung zu triggern, sondern darum, sie objektiv, sachlich und wissenschaftlich zu beschreiben.

Die Muslime in Deutschland und Europa und ihre Vereine und Verbände als ihre Vertreter sollten gegenwärtig im Rahmen eines intensiven, tabufreien, öffentlichen, argumentativen, friedlichen und besonnenen herrschaftsfreien Diskurses aufgefordert werden, Einfluss auf jene Einrichtungen und ihre Vertreter auszuüben, die einen solchen glaubhaften Verzicht auf politische und gesellschaftliche Macht und Übermacht bisher nicht erklärt haben.

Denn bei einer sachlichen und nüchternen Betrachtung der eigenen Interessen Deutschlands und Europas als aufgeklärter Staatswesen ist selbstverständlich jeder Muslim in Deutschland herzlich willkommen, wenn er sich aus Überzeugung zu unserer freien, offenen, demokratischen und toleranten Gesellschaft und den Menschen- und Bürgerrechten, auch für Andersgläubige und auch für Frauen, bekennt. Aber eben nicht nur als Lippenbekenntnis.

Da die Zugehörigkeit zum Islam ein solches aufrichtiges Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten auffallend schwer macht, wovon Koran, Hadithe, Scharia und viele unerfreuliche Einzelfälle Zeugnis ablegen, liegt der Ball im Feld der islamischen Vereine und Verbände: Sie müssen jetzt ein klares Wort sprechen, damit man ihnen abnimmt, dass sie zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung stehen und diese nicht abschaffen wollen, wenn sich ihnen aufgrund demographischen Wandels hierfür Perspektiven bieten.

Wenn ein solches klares Wort aber weiter ausbleibt, wenn alle

staatlichen Maßnahmen weiter nichts fruchten, wenn es am Ende einer langen Entwicklung, die sich noch über Jahre oder Jahrzehnte hinziehen wird, immer noch unbelehrbar totalitär eingestellte Muslime mit religiösem Weltherrschaftsanspruch in Deutschland geben sollte, die sich einer Entschärfung des Islam widersetzen und die freiheitlich-demokratische Grundordnung kämpferisch ablehnen, dann kann es – als ein Element der direkten Demokratie – theoretisch einen Volksentscheid geben. Die Bürger unseres Landes würden dann selbst darüber urteilen, ob sie an diesem Punkt der Meinung sind, dass der Islam trotz allem noch weiter zu Deutschland gehören sollte, oder eben nicht.

Mit der Entnazifizierung 1945 ist den Deutschen diese Entscheidung in Bezug auf die Nazis abgenommen worden: Sie gehören nicht zu Deutschland. Mit der friedlichen Revolution 1989 hat Deutschland allen Kommunisten für immer zu verstehen gegeben: Ihr gehört nicht zu Deutschland. Seit den 90er Jahren wächst aber täglich die Macht islamischer Vereine, Verbände, Einzelpersonen und Gruppen in Deutschland, die keineswegs alle ein entspanntes und positives Verhältnis zu unser aller Freiheit, körperlicher Unversehrtheit und Leben vorweisen können. Hier gilt es anzusetzen: Wer nicht friedlich mit uns zusammen leben will, der gehört nicht zu Deutschland. Keine Nazis, keine Kommunisten und auch kein politischer Islam.

Der letzte Punkt aus dem Thesenpapier von Stürzenberger, der seit dem 19. November 2011 nicht mehr Bestandteil der aktualisierten Fassung ist, betraf die Frage, wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft mit jenen Muslimen umgehen wird, die trotz aller Informationen, Bemühungen, Handreichungen und Angebote immer noch unbelehrbar am politischen Islam als totalitärem Machtsystem festhalten. Dabei ging es – wie dargestellt – nicht um politische Forderungen, sondern um politologische Prognosen. So, wie die friedliche Revolution von 1989 gegen die Kommunisten durch jahrzehntelang gewachsene Unzufriedenheit unvermeidbar war, sind auch bestimmte

Entwicklungen gegen den politischen Islam künftig unvermeidbar, wenn die hier lebenden Muslime nicht selbst eine wirksame Distanzierung von den totalitären Auswüchsen des Koran, der Hadithe und der Scharia herbeiführen.

Wer sich dann noch unbelehrbar und uneinsichtig zeigt und in diesem Zeitpunkt keinen deutschen Pass besitzt, dem wird von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nahegelegt werden, sich ein Land zu suchen, das zu seinen politisch-totalitären Vorstellungen besser passt. Mit dem Slogan „Abschwören oder Abreisen“ versuchte der Journalist Stürzenberger also zu prognostizieren, welche Maßnahmen die Gesellschaft aller Wahrscheinlichkeit nach ergreifen wird, wenn sich die Sozialverträglichkeit des empirischen Islam nicht durch Entpolitisierung und Integration verbessert.

Dabei werden das Bundesjustizministerium und das Bundesinnenministerium eine zentrale Rolle spielen: Das Ausländerrecht muss dringend überarbeitet werden, um sicherzustellen, dass jeder, der hier lebt, unserer Gesellschaft gegenüber auch loyal eingestellt ist, oder unser Land für immer verlässt. Und das Vereinsrecht muss dringend überarbeitet werden, um die geforderten Patriotismus-Fragebögen mit einem klaren Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten und einer klaren Distanzierung vom Totalitarismus auch rechtssicher einsetzen zu können.

Sollten die etablierten Parteien den hier bestehenden Reformstau nicht adäquat wahrnehmen, so könnte einer Partei wie „Die Freiheit“ bei der Umsetzung entsprechender Konzepte eine Schlüsselrolle zukommen. Allerdings hat das Vordenken durch den Journalisten Michael Stürzenberger in diesem Punkt auch in den Kreisen der Leserschaft von P.I. Politically Incorrect und parteiintern bei der Partei „Die Freiheit“ zu kontroversen Diskussionen geführt. Auch hier möchte sich außer Stürzenberger gegenwärtig noch niemand so recht mit der Frage befassen, was eigentlich geschehen wird, wenn die gegenwärtigen Verhältnisse sich verschärfen, ohne dass der

organisierte Islam in Deutschland zu einem klaren Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten findet.

Noch haben die Sicherheitsbehörden jeden geplanten islamischen Terroranschlag verhindert und noch sind die knapp 40.000 im Verfassungsschutzbericht erwähnten gewaltbereiten Muslime nicht in gewaltsame Aktion getreten. Wenn man aber bedenkt, dass rund 40 RAF-Terroristen unser Land an den Rand des Abgrunds gebracht haben, kann man sich ausmalen, was passiert, wenn sich viele dieser 40.000 Menschen in Gang setzen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung kämpferisch ablehnen. Das gilt es zu verhindern.

Ausgangspunkt für Stürzenbergers Überlegungen war die Überzeugung, dass der politischen Islamisierung so früh wie möglich Einhalt geboten werden muss. Wenn die Gesellschaft erst einmal auf allen Ebenen durch verkappte Islamisten unterwandert ist und der Prozentsatz der hier lebenden Muslime gleichzeitig die kritische 20%-Marke überschritten hat, wird es weit schwieriger oder bereits unmöglich sein, noch wirksame einzuleiten.

Wir, das freie Europa, müssen jetzt handeln. Tragen Sie dazu bitte Ihren Teil mit einer offenen, kritischen und tabulosen Information über den Islam bei.

Mit freundlichen Grüßen,

PI Politically Incorrect

09.01.2012

---

# Bremen: CDU-Politiker wechseln zu BIW



Wie die BILD in ihrer heutigen [Printausgabe bereits vorab berichtete](#), sind zwei langjährige Mandatsträger der CDU zur Wählervereinigung „[Bürger in Wut \(BIW\)](#)“ gewechselt. Die konservative Politalternative avanciert durch den Übertritt zur zweitstärksten Kraft (gleichauf mit den Grünen) im Kommunalparlament des nördlichen Problemviertels. **Jetzt mit Video!**

Bei den CDU-Politikern mit Rückgrat handelt es sich um [Cord Degenhard](#) (61, stellv. Ortsvorsitzender, Kreisvorstand, Mitglied im Beirat Vegesack) und [Ralf Sonnekalb](#) (50, Mitglied im Beirat Vegesack), wie der Bremer Rotfunk [berichtet](#):

## *Zwei CDU-Mitglieder wechseln zu Wutbürgern*

*Im Ortsbeirat Bremen-Vegesack hat sich die Zusammensetzung geändert. Die beiden CDU-Politiker Cord Degenhard und Ralf Sonnenkalb sind zur Wählervereinigung „Bürger in Wut“ übergetreten. Sie begründen dies mit dem für sie enttäuschenden menschlichen Umgang innerhalb der Bremer CDU. Außerdem sei die CDU mehr mit sich selbst beschäftigt als mit den Fragen der Bürger und den politischen Gegnern. Mit dem Schritt verringert sich der CDU-Anteil im Beirat von vier auf zwei Mitglieder – der Anteil der „Bürger in Wut“ steigt auf drei Sitze. Stärkste Kraft in dem Gremium bleibt weiterhin*

die SPD mit sieben Mitgliedern. Im Ortsbeirat haben die Grünen 3 Mitglieder, FDP und Linke jeweils 1 Mitglied. Stärkste Kraft ist die SPD mit 7 Mitgliedern.

» BIW-Bremen: [CDU-Beiratsmitglieder wechseln zu BIW](#)

Bericht von [butenunbinnen](#) in den Nachrichten von 19:30 Uhr:

*(Herzlichen Dank allen Spürnasen)*

---



## Endlich: Ägypten ist frei!



Wie der interessierte Leser weiß, fanden in Ägypten seit dem 28. November 2011 die ersten freien Parlamentswahlen statt. Jetzt zeichnet sich ein Ergebnis ab und es kommt, wie von PI schon lange befürchtet. Das genaue Wahlergebnis wird am 13. Januar bekannt gegeben. Am heutigen Montag finden noch ein paar Stichwahlen statt, die das Ergebnis aber nicht mehr wesentlich beeinflussen werden.

*(Von Felixhenn)*

Das [Hamburger Abendblatt](#) schreibt:

(...)

*Nach den inoffiziellen Angaben erhielt die Partei der Muslimbrüder (Partei der Freiheit und Gerechtigkeit) mehr als 40 Prozent der Stimmen. Auf dem zweiten Platz landete die radikal-islamistische Partei des Lichts, die in einigen Provinzen mehr als 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die von linken und liberalen Parteien gebildete Ägyptische Allianz lag in den meisten Bezirken auf dem dritten Platz.*

(...)

40% für die Moslembrüder und 30% für radikale Islamisten, auch Salafisten genannt. Das für ein Parlament dessen Hauptaufgabe es ist, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Wenn da die Stimmen ähnlich wie bei uns gewertet werden, können 66,66% (plus eine Stimme) jedes Grundrecht beschließen, Moslembrüder haben zusammen mit radikalen Moslems 70%. Eigentlich erstaunlich für die Moslembrüder, die am Anfang der „Revolution“ behaupteten, sie hätten mit der ganzen Sache nichts zu tun. Wenn jetzt bei der Ausarbeitung der Verfassung die Frage nach dem künftig höchsten Rechtssystem aufkommt, dürfte die Antwort ziemlich eindeutig ausfallen und da lauten: Scharia.

Erdogan hat sich mit seiner Werbung für einen säkularen Staat aber unter islamistischer Führung, wie in der Türkei, eine Abfuhr geholt.

(...)

*Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hatte sich bei einem Besuch in Kairo neulich eine Abfuhr von den Muslimbrüdern geholt. Er hatte die Türkei – einen zwar von Islamisten regierten, aber säkularen Staat – als Vorbild gepriesen.*

(...)



Aber ist das nicht interessant, dass Erdogan seine eigene Regierung als „islamistisch“ bezeichnet? Würden die Islamisten nicht immer als die verteufelten Bösewichte im friedlichen Islam hingestellt? Oder gibt es da auch schon wieder eine neue Sprache und die Islamisten sind mittlerweile die Guten und die Bösewichte sind die Super-Ultra-Islamisten? Warum muss ich nur an George Orwells 1984 denken?

In diesem Zusammenhang George Orwell – 1984 – Big Brother fällt mir auch unser Außenminister Westerwelle ein, der den Ägyptern schon mal [großzügige Unterstützung](#) (natürlich finanzielle) versprochen hat. Von umfangreichen Hilfspaketen ist da die Rede.

(...)

*Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) hat die Unterstützung der Demokratiebewegung in Ägypten mit einem umfangreichen deutschen Hilfspaket angekündigt.*

*Berlin – Westerwelle sagte der „Berliner Zeitung“, er werde „in Kürze“ nach Ägypten reisen und „unsere Hilfe auch dort noch einmal anbieten“. Konkret gehe es um Unterstützung beim Aufbau der Zivilgesellschaft, die Schaffung einer unabhängigen Justiz sowie um Bildungsangebote und Austauschprogramme für junge Leute.*

*„Das Wichtigste aber ist und bleibt, bei der wirtschaftlichen Entwicklung zu helfen“, sagte Westerwelle. „Die Menschen gehen nicht nur für Demokratie auf die Straße, sondern auch für Jobs und Zukunftschancen.“ Der Außenminister kündigte die deutsche Unterstützung für eine „internationale Zukunftskonferenz für Ägypten“ an.*

(...)

PI hat schon damals zur Vorsicht gemahnt. Wie jetzt die unabhängige Justiz aussehen wird, können wir erahnen. Sollte es noch weltliche Gerichte geben, werden deren Urteile nicht wert sein, wenn sie dem örtlichen Imam nicht gefallen. Und das

werden ganz besonders die Kopten zu spüren bekommen.

Auch PI würde Ägypten ein umfangreiches Hilfspaket anbieten, aber eins das wirklich sinnvoll ist und nicht wie das von Westerville unweigerlich in den Taschen der kreativen der ägyptischen Moslebrüder auf Nimmerwiedersehen verschwindet, bzw. irgendwann mal wieder bei uns auftaucht – als Bombe.

Das umfangreiche Hilfspaket von PI sieht so aus: Wir halten die ägyptischen Moslems nicht mehr bei uns und lassen sie ziehen, damit sie zu Hause ihr Land aufbauen können. Es ist ja wirklich nicht mehr sinnvoll, wenn wir alle diese hochgebildeten Facharbeiter krampfhaft bei uns festhalten und zu Hause werden sie dringend gebraucht.

In diesem Sinne: Gute Reise in das freie Heimatland!

---

## Teheran verurteilt Amerikaner zum Tode



Die Spannungen zwischen dem Iran und den USA steigen mit jedem Tag. Das Revolutionsgericht in Teheran hat jetzt den iranischstämmigen US-Bürger Mirsai Hekmati (Foto) zum Tode verurteilt. Angeblich soll der 28-Jährige für die Amerikaner spioniert haben. Die USA weisen den Vorwurf strikt zurück.

[BILD](#) berichtet:

*Hekmati war Mitte Dezember festgenommen worden, gegen das Urteil kann er zwar jetzt noch einmal Berufung einlegen. Doch bisher zeigen sich die Iraner knallhart.*

*Schon vor einigen Wochen sendete das Staatsfernsehen ein Video mit einem angeblichen Geständnis des jungen Mannes. Darin sagt der Ex-Soldat, er sei vom US-Geheimdienst hereingelegt worden. Es sei sein Auftrag gewesen, den iranischen Geheimdienst zu unterwandern, um Informationen an die CIA zu liefern.*

*Die iranische Staatsanwaltschaft wertete das Geständnis als klaren Beweis für Hekmatis Schuld und forderte daraufhin die Höchststrafe. Die US-Regierung weist die Vorwürfe als falsch zurück und fordert seine sofortige Freilassung.*

Unterdessen planen [Israel und die USA](#) gemeinsam die Raketenabwehr zu trainieren. Wie das israelische Außenministerium bestätigte, wollen die Verbündeten bei einem großen Manöver Raketenangriffe auf Israel simulieren. Weitere Informationen zu den gemeinsamen Plänen finden Sie auf [The Blaze](#).

Noch am letzten Freitag hatten die Amerikaner Größe gezeigt, und 13 iranische Fischer [aus den Fängen von Piraten befreit](#). Doch dies interessiert die Mullahs nicht..

---

## **Video: Fernsehdebatte der**

# GOP-Kandidaten



In den USA kommen die Republikanischen Herausforderer von Amtsinhaber Barack Obama so langsam in Fahrt. Am Sonntag debattierten die Präsidentschafts-Kandidaten der GOP („Grand Old Party“) in einer ausführlichen Sendung auf [NBC](#).

Hier ist der Mitschnitt für Sie noch einmal in voller Länge:

*(Foto oben v.l.n.r.: Die GOP-Kandidaten Jon Huntsman, Rick Santorum, Mitt Romney, Ron Paul, Newt Gingrich, Rick Perry während der Fernsehdebatte auf NBC)*

---

## Muslimbrüder im SPIEGEL vor 20 Jahren

Das ägyptische Staatsfernsehen gab nach dem jetzt erfolgten dritten Wahlgang bekannt, daß die Partei der Muslimbruderschaft in sieben von neun Provinzen gewonnen hat, und in den restlichen beiden Provinzen erreichte die

radikalislamische Partei des Lichts („Nur“) die Mehrheit. Soviel zu „Arabellion“ und „arabischem Frühling“! Unsere Qualitätspresse nimmt alles gelassen.

Vor zwanzig Jahren sah das noch anders aus. [Da schrieb der Spiegel über die](#) Moslem-Bruderschaft das und war auf Mubaraks Seite:

*...rabiante Moslems, die gewalttätigen Koran-Fanatiker, frommen Eiferer, die Bärtigen, verhetzte Brut, die Ultras, die Moslem-Banden, Terrortrupps, die frommen Brüder, die Moslem-Ultras...*

[Heute nennt er dieselbe Organisation](#), die sich keinen Deut geändert hat:

*...die gemäßigten Muslimbrüder, die als moderat-islamisch eingestufte Partei...*

Die Salafisten sind nur „ultrakonservativ“, und wenn Mubarak gehängt wird, findet man das sicher in Ordnung, siehe Gaddafi. Warum ist heute alles anders? Weil jetzt die Demokratie regiert?

---

## **Grüne Wutbürger gegen AKW-Abbau**

Sie haben richtig gelesen! *Anwohner des stillgelegten Atomkraftwerks Obrigheim (Neckar-Odenwald-Kreis) klagen gegen die Genehmigung zum **Rückbau** des Meilers vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg. Kein Neubau, kein Altbau, kein Rückbau, kein Abbau ohne Wutbürger! Seit*

Stuttgart 21 kennen die sich nämlich auf allen Gebieten aus, seien es die Statik unterirdischer Bahnhöfe, die Trassenführung von ICE-Strecken und Ameisen, die sichersten Flugrouten in Schönefeld, die Atomfässer in Asse, die Machenschaften der Bankmafia – es gibt nichts, was ein Wutbürger nicht weiß.

Hier [die dpa-Meldung](#) aus der Badischen:

*SCHEFFLENZ (dpa). Anwohner des stillgelegten Atomkraftwerks Obrigheim (Neckar-Odenwald-Kreis) klagen gegen die Genehmigung zum Rückbau des Meilers vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg. Die zweite Abbaugenehmigung enthalte eine Reihe von Mängeln und lasse „damit der Betreiberin EnBW beim Abbau und Umgang mit dem Atommüll in weiten Teilen freie Hand“, kritisierte das Aktionsbündnis Atommülllager Obrigheim. Wichtige Systeme sollten abgebaut werden, obwohl sich noch Brennelemente in der Anlage befänden. Das Umweltministerium habe die zweite Abbaugenehmigung erteilt, obwohl die schwarz-gelbe Vorgängerregierung die Öffentlichkeit an dem Verfahren nicht beteiligt habe...*

Vor einem halben Jahr stand in der FAZ, daß für den Abbruch der AKWs im Rahmen der Energiewende dringend Atomingenieure gesucht werden. Dies sei ein Job auf Lebenszeit, da das letzte deutsche AKW erst 2070 entsorgt sei. Wenn die Wutbürger so weitermachen, dauert der Abbruch bis 2500. Aber vielleicht ist es gut, wenn nicht so schnell abgebrochen wird, dann sind Kernkraftwerke schneller wieder angeschaltet! Wir könnten sie noch [brauchen. Derzeit beziehen wir auch Strom von alten Öl- und Gaskraftwerken aus Österreich.](#)

---



# „Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Neger“

Von KEWIL | Auch diejenigen, die Bundespräsident Heinrich Lübke nicht mehr kennen, wissen genau, daß es Lübke war, der in Afrika sagte: „Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Neger“. Und er sagte auch „Equal goes it loose!“.

Die ganze informierte Intelligenz kennt diese Dummheiten eines dummen Bundespräsidenten, der sogar KZ-Baumeister war. Aber bis auf den heutigen Tag weiß dieselbe Intelligenz anscheinend nichts davon, daß die Sprüche nicht von Lübke waren, sondern vom Drecksmagazin SPIEGEL einfach dahergelogen wurden.

Wer zweifelt eigentlich daran, daß in wenigen Tagen die ganze Unterhaltung Wulffs mit dem Anrufbeantworter der BILD im O-Ton im Internet sein wird? Der SPIEGEL hat den Text eh schon längst, und die BILD verteilt die Sätze wortweise an die anderen Blätter.

Man hätte gleich alles auf einen Satz veröffentlichen können, aber man will noch ein bißchen Honig saugen und tut so, als ob mühsam die Republik gerettet werden müßte. Und diesen Schmierfinken sitzen intelligente Leute auf. Zurück zu Lübke – es steht [alles sogar im linken Wiki](#):

*Der damalige Spiegel-Mitarbeiter Hermann L. Gremliza offenbarte 2006, dass dieses Zitat, wie viele andere auch, eine Erfindung der Spiegel-Redaktion war:*

*„In Wahrheit ist das angebliche Lübke-Zitat ‚Equal goes it loose‘ eine Erfindung des Bonner Spiegel-Korrespondenten Ernst Goyke, genannt Ego. Auch alle anderen Beiträge zum »Lübke-Englisch« haben in der Woche nach Egos Story Redakteure des Spiegel unter falschen Absendern für die Leserbrief-Seiten des Magazins verfaßt.“*

Die [WELT weist heute noch einmal](#) daraufhin:

*„aber was die Sache mit den „lieben Negern“ und „Equal goes it loose“ betrifft: Es ist erwiesen, dass „Spiegel“-Redakteure ihm diese Sätze bei Auslandsaufenthalten in den Mund legten und einfach abdruckten. Kein Ruhmesblatt für die Redaktion und für alle, die sie immer wieder unhinterfragt zitieren.“*

Ach ja, und das mit dem KZ-Baumeister Lübke, das haben die Kommunisten-Zeitung Konkret und der STERN hauptsächlich propagiert – gelenkt von und mit gefälschtem Material der Stasi! Es hat Gründe, wenn manche die linksversifften Qualitätsmedien nicht so mögen!

---

## **Wer spuckt in JVA Köln auf Beate Zschäpe?**

☒ Beate Zschäpe, die zum Trio der Zwickauer Dönermörder gehört, sitzt in der Kölner JVA Ossendorf 24 Stunden am Tag in Einzelhaft, weil sie auf den einstündigen Hofgang verzichtet, da sie dort einen Spießbrutenlauf erlebt. *Weil ihre Runde in nur anderthalb Meter Entfernung zu den Fenstern des Zellentrakts stattfindet, werde sie von den übrigen Gefangenen*



*bespuckt, beschimpft und bedroht. „Ihre Menschenwürde wird mit Füßen getreten“, so die Verteidiger.*

Weitere [Einzelheiten im Spiegel](#) und im [Kölner Stadtanzeiger](#)! Hier soll nur ein Nebenaspekt angesprochen werden: Wer spuckt? Die JVA Ossendorf [ist laut Eigenauskunft eine Untersuchungshaftanstalt für männliche, weibliche und jugendliche Untersuchungsgefangene und für die Vollstreckung von Freiheitsstrafen an männlichen und weiblichen Personen zuständig](#). Unter welchen Fenstern hatte die Zschäpe wohl Hofgang? Wer guckt da aus dem Fenster?

Es ist sicher nicht so, daß in Deutschland Linke und Linksradikele oder Antifanten im Klüngelpütz sitzen, da bleibt nur eine Gruppe übrig: Laut Angaben der JVA Köln sind etwa 40% der Insassen Ausländer. In der Schweiz sind 2010 laut letzter Statistik [71% der Knastbewohner Ausländer](#) gewesen. 2002 berichtete die [Welt aus Hessen von](#) 60% Ausländern in der Untersuchungshaft. In Berlin waren es auf eine [Anfrage von Stadtkewitz](#) im Juli 36%. 2006 [berichtet der FOCUS](#):

*Das Ausmaß der Ausländerkriminalität spiegelt sich auch in den Zellen der Justizvollzugsanstalten (JVA) wider, in denen durchschnittlich 35 bis 40 Prozent Ausländer einsitzen. In der **JVA Köln**, wo derzeit 1108 Gesetzesbrecher büßen, sind 435 Ausländer einquartiert. In Berlin-Tegel, mit 1705 Insassen größtes deutsches Gefängnis, sind 552 Kriminelle aus anderen Ländern untergebracht (s. Grafik S. 36). In den beiden hessischen Jugendknästen Wiesbaden und Rockenberg besitzen 38 Prozent der Arrestanten einen ausländischen Pass. Fast schon wie Exoten fühlen sich deutsche Häftlinge in der JVA Heilbronn. Knapp die Hälfte der aktuell 425 Gefangenen sind Ausländer und Russlanddeutsche.*

Im Endeffekt liegen die unterschiedlichen Zahlen vermutlich nur an den Statistik-Kriterien. Wer ist Ausländer oder wie genau wird der sogenannte „Migrationshintergrund“ erfaßt. Man

wird nicht ganz falsch liegen, wenn man vermutet, daß zwischen 70% und 80% der über 60.000 Inhaftierten im Land Mihigrus sind – und das ungefähr seit dem Fall der Mauer. Politisch-korrekt, wie wir sind, hängen wir das aber nicht an die große Glocke! [Das offizielle Foto zeigt den](#) „Freistundenhof im Frauenbereich“. Wo sind die Fenster? Oder wird Zschäpe andere Wege geführt, um sie weichzukochen?